

Der Reichsführer-SS
und Chef der Deutschen Polizei
Der Chef der Sicherheitspolizei
Und des SD
Amt III

Berlin SW 68, den 9. Mai 1940

Wilhelmstraße 102
Ruf 120038

MELDUNGEN AUS DEM REICH

I. Allgemeines

Die vorragenden Erfolge der deutschen Luftwaffe, insbesondere die Vernichtung eines schweren englischen Schlachtschiffes durch ein Sturzkampfflugzeug, haben die allgemeine Zuversicht und den Glauben an den deutschen Endsieg weiter gefestigt. Es habe sich nunmehr bewahrheitet, dass Deutschland in seiner Luftflotte zumindest eine gleichwertige, in vielen Fällen sogar überlegene Waffe, gegenüber der grossen englischen Flotte besitze. Es lässt sich erkennen, dass diese Erfolge weiten Bevölkerungskreisen eine feste Grundlage für ihre Überzeugung eines deutschen Sieges gegeben haben. So kommt jetzt auch in den Gesprächen der Bevölkerung zum Ausdruck, dass man innerlich froh ist, dass der Führer rechtzeitig eine derartige Luftwaffe habe aufbauen lassen.

Durch den deutschen Sieg in Norwegen haben die Gespräche über ein baldiges Kriegsende erneut zugenommen. Dabei ist besonders stark das Gerücht verbreitet, es werde bereits im Herbst der „Reichsparteitag des Friedens“ abgehalten.

Die alarmierenden Nachrichten über die Spannung im Mittelmeer und über den Aufmarsch eines englisch-französischen Flottengeschwaders vor Alexandria sind von der Bevölkerung ohne besondere Spannung aufgenommen worden. An eine ernsthafte Bedrohung unserer Öl- und Lebensmittelfuhr aus dem Südosten glaubt man bis jetzt nicht, da man überzeugt ist, dass der Führer im Ernstfalle ebenso blitzschnell den Westmächten zuvorkommen würde wie im Norden. Verschiedentlich ist auch die Ansicht zu hören, dass die starke Pressekampagne der letzten Tage dazu dienen soll, irgendwelche Pläne unsererseits bzw. Italiens vorzubereiten. Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen hat sich jetzt in der Bevölkerung überwiegend die Überzeugung durchgesetzt, dass Italien in nächster Zeit an der Seite Deutschland in den Krieg eintreten wird. Irgendwelche Zweifel an der Haltung Italiens werden nicht mehr geäussert. Dagegen sind noch vereinzelt Bedenken hinsichtlich der Schlagkraft der italienischen Armee zu hören. Nur in einzelnen Teilen Norddeutschlands wurde die Erklärung Mussolinis gegenüber Roosevelt beachtet, dass Italien nicht beabsichtige, im gegenwärtigen Zeitpunkt in den Krieg einzutreten. Die dadurch hervorgerufene Enttäuschung hat ihre Ursache auch darin, dass man sich über die schwierige Lage Italiens im Mittelmeer keine ausreichende Vorstellung zu bilden vermag.

An Stelle der durch Flugzeuge und Ballons abgeworfenen feindliche Flugblätter wird jetzt ein verstärkter Postversand von Flugblättern aus der Schweiz und Holland gemeldet. So wurde u.a. von der Staatspolizei Leitstelle Frankfurt eine Briefsendung:

„Deutsche Frauenbriefe aus grosser Zeit, herausgegeben von Dr. Erich Borschers“, erfasst, die sich mit den Ernährungsschwierigkeiten in Deutschland befassen. Von der Staatspolizeistelle Düsseldorf wurde die Hetzschrift „Mitteilungen des Vatikansenders über die Zustände in Polen“ erfasst, in denen in hetzerischer Weise von deutschen Brutalitäten und Verfolgungen in Polen berichtet wird. U.a. heisst es darin.

Der einzige Staat der Welt, der mit den „blutrünstigen bolschewistischen Verbrechen“ (Hitlers Worte!) eine Freundschaft unterhält, ist Deutschland!“

Unter den feindlichen Fugblättern wurde ein Aufruf von Fritz von Unruch mit folgendem Wortlaut erfaßt:

„Kameraden!

Ihr kennt mich. Manche von Euch haben meine Bücher gelesen, viele mich in Versammlungen reden gehört. Ihr wisst, dass ich 1914 freiwillig eingerückt bin. Das tue ich heute nicht.

Diesen Krieg verdamme ich.

Der Hitlerkrieg wurde von einer Handvoll politischer Abenteurer in Berlin entfesselt.

Dieser Krieg wird gegen unser Volk geführt.

Der Krieg soll den Zusammenbruch eines Systems verschleiern, das Millionen Deutsche hassen und verfluchen, das moralisch, wirtschaftlich und sozial zugrunde gewirtschaftet ist.

Hitler ist gescheitert!

Er hatte die Wahl, offen und ehrlich den Bankrott eingestehen oder Deutschland in einen Krieg zu stürzen. Der landfremde Zugereiste hat den Krieg gewählt.

Dem landfremden Hitler gilt das deutsche Volk nicht, seine persönliche Macht aber alles!

Alte und junge Kameraden. Trennt Euch von einem System, das über uns nur Unheil brachte und jetzt droht, Deutschland mit in seinen Untergang zu reißen

Kameraden!

Das Hitlersystem ist nicht die Knochen eines einzigen deutschen Soldaten wert.

Denkt an alle Leiden und Schrecken seit 1933, gedenkt der Verfolgten, Eingekerkerten, Erschlagenen und heimlich Ermordeten.

Die Stunde der Abrechnung ist gekommen!

Sagt Euch los von den Brandstiftern und Tyrannen. Fallt den Kriegstreibern in die Arme. Bekennt Euch zu unserer Volke und zu Deutschland. Verbrüdet Euch mit denen, die wie wir für die Freiheit kämpfen.

Kameraden erkennt:

Der Feind steht nicht am Rhein, der Feind sitzt in Berlin.

Fritz von Unruh,
am 4. September 1939.“

II. Gegner

Die Flugblatttätigkeit kommunistischer Gegnerkreise des In- und Auslands hält, laufenden Meldungen zufolge, auch weiterhin an. Einige wichtigere Schriften verdienen besondere Beachtung. So sind in Berlin folgende Emigrantendruckschriften aufgetaucht:

„Debatten um eine Kriegsziel – Hitlers brüchige Totalität“

und

„Kriegswirtschaftliche Halbjahresbilanz des Dritten Reiches“.

Es handelt sich dabei um Nachfolge-Blätter der Wochenzeitschrift „Freies Deutschland“, die von dem ehemaligen Vorsitzenden des Freidenkerverbandes, Max Sievers, herausgegeben werden. Die Schriften bringen umfangreiche Ausführungen über die innerdeutschen Kriegsverhältnisse, wobei Stellung genommen wird zu den kriegswirtschaftlichen Umwälzungen und eingehend die Aussichten der deutschen Beziehungen zu Moskau und Südosteuropa untersucht werden.

Die in Aachen erfasste erste Vierteljahresausgabe 1940 der von der „Deutschen Freiheitspartei“ herausgegeben Zeitschrift

„Das wahre Deutschland“

bringt einleitend zum Ausdruck, dass es nur dem Opferwillen ihrer vielen Freunde zu verdanken sei, wenn die Schrift überhaupt noch erscheinen könne. Die aus aller Welt eingegangenen Beiträge würden nunmehr wieder eine monatliche Herausgabe ermöglichen. Die Broschüre enthält wieder die angeblich von einem „deutschen Offizier“ einem „Wirtschaftskenner“, einem „Auslandsdeutschen“ usw. verfassten Hetzartikel über innerdeutsche Verhältnisse.

An mehreren Orten der Reichshauptstadt waren in den letzten Tagen kommunistische Streuzettel mit verschiedenen Texten gefunden. Die hand- oder maschinengeschriebenen Hetzparolen richteten sich in allem gegen die Wehrkraft des deutschen Volkes und gegen die Glaubwürdigkeit der deutschen Pressemeldungen über die Kriegslage. Weiter wurde in Berlin eine Postkarte aufgegriffen mit folgendem Text:

„Nägel, Schrauben, Nieten, Beschläge und anderes Material fliegt paketweise in den Kanal. Das ist unsere Metallspende usw.“

„Pflichtarbeiter, R.-Betrieb.“

Der „Freie Deutschlandsender“, der seine, der Zersetzungspropaganda gegen das deutsche Volk dienenden Sendungen laufend fortsetzt, empfahl neuerdings seinen Hörern, zum Zwecke illegaler Diskussionen über die Lage in Norwegen immer wieder u.a. folgende Fragen zu stellen:

„Wieviel Tonnen Eisen sind nach Deutschland gekommen, seitdem der Führer Norwegen unter seinen Schutz genommen hat?“

„Wieviel Benzin ist seit Beginn des norwegischen Abenteuers verbraucht worden und wie viel Benzin ist in dieser Zeit nach Deutschland eingeführt worden?“

„Wieviel Tausende deutscher Soldaten sind auf dem Transport nach Norwegen mit den Transportschiffen versenkt worden und ertrunken?“

„Ist es richtig, dass allein im Fjord von Oslo die Leichen von 3000 deutschen Soldaten an Land gespült wurden?“

(Staatspolizeiliche Massnahmen sind in allen angeführten Fällen im Gange.)

III. Kulturelle Gebiete

Einzelfragen zur Nachrichtenübermittlung über die politische und militärische Lage.

1. Die in der letzten Zeit in der Presse erschienenen aufklärende Aufsätze und Bildberichte über die geologische und klimatische Beschaffenheit Norwegens haben nach Meldungen aus Mittelfranken, Württemberg und dem Rheinland der Bevölkerung eine konkrete Vorstellung über die Schwierigkeiten gegeben, die die deutschen Truppen in Norwegen überwunden haben. Das Verständnis für die Leistung der deutschen Truppen sei dadurch wesentlich unterstützt worden. – Zahlreichen übereinstimmende Meldungen zufolge wurde im Volk die ausführliche Aufklärung durch Presse, Rundfunk und Wochenschaubildmaterial über Verlauf und Ergebnisse der militärischen Aktionen in Mittel- und Südnorwegen mit Befriedigung und Anerkennung aufgenommen. Gegenwärtig richtet sich das Hauptinteresse der Bevölkerung auf dem norwegischen Kriegsschauplatz auf die Vorgänge um Narvik. Vielfach wird der Wunsch zum Ausdruck gebracht, nähere Einzelheiten über die Lage und die Vorgänge um Narvik, gegebenenfalls in P.K.-Berichten, zu erfahren.

2. Die verschiedenen Zusammenstellungen der britischen Verluste werden von der Bevölkerung als besonders einprägsam und übersichtlich geschätzt. Nach Meldungen aus Hannover, Ostpreussen und dem Sudetenland ist in diesem Zusammenhang immer wieder der Wunsch nach näheren Mitteilungen über die deutschen Verlustziffern aufgetaucht.

3. Zu der ausserordentlich wirksamen Veröffentlichung der Dokumente aus dem neuen Weissbuch der Reichregierung wird aus Westdeutschland gemeldet, dass die werktätige Bevölkerung namentlich in ländlichen Bezirken mit dem Begriff „Weissbuch“ noch nichts Rechtes anzufangen wisse. Es wird angeregt, eine entsprechende Aufklärung über die Herkunft dieses Begriffes und die Art solcher Regierungspublikationen zu geben. In Niederschlesien wurde von verschiedenen kleineren örtlichen Zeitungen beanstandet, dass in diesen Blättern aus Platzmangel die Dokumente stark gekürzt wiedergegeben und angeblich technisch sehr schlecht Fotokopien veröffentlicht wurden.

4. Nach Meldungen aus Westpreussen und Tirol wird das in seinem Inhalt durchaus gesicherte Telefongespräch zwischen Chamberlain und Reynaud (von SD erfasst) in seiner Richtigkeit von den Volksgenossen zum Teil bezweifelt. Es fehle nicht an Stimmen, die annehmen, dass es sich um ein fingiertes Telefongespräch handle, da sie es bei aller Würdigung deutscher Nachrichtenarbeit für unmöglich halten, derart an das gegnerische Zentrum heranzukommen.

5. Meldungen aus Ostpreussen, Schleswig-Holstein und Hessen zufolge ist das Interesse für P.K.-Berichte und Kartenskizzen weiter ungeheuer gross. In dieser Hinsicht wurden besonders die Schilderung über den Untergang des Kreuzers „Blücher“ und die zur gleichen Zeit mit den Nachrichten über die kritische Entwicklung im Mittelmeer veröffentlichten Kartenskizzen des Mittelmeerraumes günstig aufgenommen. Die Pressenotiz, dass seit Kriegsbeginn 23 P.K.-Berichtersteller gefallen sind, ist nach Meldungen aus Westfalen und Schleswig-Holstein von der Bevölkerung stark beachtet worden. Die angeknüpften Kommentare der Zeitungen in denen hervorgehoben wurde, dass im Gegensatz zu früheren Kriegen der Berichtersteller in der P.K. zusammengefasst selbst als Soldat an der Front steht und am Kampfe teilnimmt, haben einen tiefen Eindruck und Bewunderung für die Leistungen der P.K.-Männer erregt. In diesem Zusammenhange wird von der Bevölkerung dankbar anerkannt, dass die deutsche Propaganda im gegenwärtigen Kriege eine weit bessere Verbindung zwischen kämpfender Truppe und Heimat herstelle, als es im Weltkrieg der Fall war.

6. Die Meldung über den englischen Bombenabwurf auf Heide, zu dem der V.B. vom 27.4.1940 berichtete, dass die Stadt Heide unmittelbar mit Bomben belegt wurde, ist von der Bevölkerung der Stadt Heide, wie aus Schleswig-Holstein berichtet wird, als irreführend angesprochen worden. Nach Feststellungen der Bevölkerung seien die Bomben tatsächlich nur in einer Entfernung von ungefähr 4 km von der Stadt bei einem einzelstehenden Gehöft und im Süderholmer Moor niedergelangen.

Zur Programmgestaltung des deutschen Rundfunks.

In den letzten Monaten fand die Programmgestaltung des deutschen Rundfunks eine im wesentlichen recht gute Aufnahme, wie übereinstimmend aus Chemnitz, Leipzig, Dresden, Königsberg, Allenstein, Innsbruck, Wien, Frankfurt/O., Königsberg, Kiel, Lüneburg, Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Augsburg, Reichenberg, Troppau, Bayreuth, Thorn u.a. erfreuen sich die in letzter Zeit durchgeführten politischen Kurzsendungen (politische Hörspiele, Berichte aus dem Zeitgeschehen, Stimme des Soldaten, Presse- und Rundfunkschau von Hans Fritzsche, Frontberichte u.ä.) grösster Beliebtheit. Viel Beachtung haben die Vorträge des Konteradmirals von Lützwow gefunden. In Berichten aus Stettin und Liegnitz wird besonders die Kürze,

Anschaulichkeit und Einfachheit der Darstellung hervorgehoben. – Es wurde besonders anerkannt, dass man sich bemühe, das Volk über die tatsächliche Lage zu informieren und wirkliche Schwierigkeiten auch beim Namen nenne. Es besteht der Wunsch, diese Vorträge auch noch auf andere Gebiete auszudehnen. Nach Meldungen aus Halle wären hier, wie bei anderen aktuellen Sendungen, noch mehr Programmhinweise erforderlich gewesen, da durch den Wegfall des Programmabdruckes in der Presse und durch häufige kurzfristige Programmänderungen des Rundfunks vielen Hörern eine wirkliche Programmübersicht fehle.

Starker Zustimmung erfreuen sich die landschaftsgebundenen Sendungen aus der engeren Heimat der Hörer. Das gilt z.B. für die „Bilder und Klänge aus Moselfranken“ am 18.3.40, die den Koblenzer Hörern besonders gefielen, oder für die Folge „Grenzgau – Opfergau“ im Februar des Jahres, die bei den badischen Hörern einen tiefen Eindruck hinterliess. Die regelmässige Sonntagssendung des Reichsenders Leipzig „Soldaten – Kameraden“ wird auch ausserhalb des mitteldeutschen Sendebereichs, z.B. in Allenstein und Königsberg, begeistert abgehört.

Viel weniger einheitlich sind die Ansichten über die musikalische Gestaltung des Rundfunkprogramms. Die Meinungen und Wünsche aus den einzelnen Volks- und Berufsschichten gehen teilweise weit auseinander. Die hierüber aus den verschiedensten Reichsgebieten vorliegenden Berichte lassen erkennen, dass sich die musikalische Gestaltung nicht einem gemeinsamen Interesse unterordnen lässt. Vor allem aus den Kreisen der Werktätigen wird überwiegend rein unterhaltende Musik gewünscht. Wenn im Rundfunk ein lustiger Abend gegeben wird, so sieht man – wird z.B. aus Schleswig berichtet – in einzelnen Fabriken, wie sich die Gefolgschaftsmitglieder angeregt darüber unterhalten. Man sage dann immer wieder: „Das sollten sie man öfters geben“. Allgemein gern gehört werden, wie aus vielen Meldungen z.B. aus Halle, Frankfurt/O., Lüneburg, Innsbruck hervorgeht, Militärmusik, Volkslieder, Melodien volkstümlicher Opern und Operetten. Bei der Wiedergabe des schweren und anspruchsvolleren Programm hat sich als äusserst fruchtbar erwiesen, wenn knappe, gut durchdachte und allgemein verständliche Einführungsworte vorausgeschickt werden.

In vielen kritischen Einzelstimmen wird betont, dass die deutschen Sender zu oft zusammengeschaltet und ein Reichsprogramm geben würden. Nach verschiedenen Meldungen, so aus Linz, Hamburg, Schwerin, München, Innsbruck, bedeute diese Gleichförmigkeit eine Gefahr, weil die Hörer, die an dem gleichen Programm aller deutschen Sender uninteressiert sind, auf der Suche nach leichterer Unterhaltung auf ausländische Sender kommen. Deshalb wird vielfach der Wunsch ausgesprochen, dass ein oder mehrere genügend starke deutsche „Ausweichsender“ auf des Gesamtprogramm des deutschen Rundfunks so abgestimmt werden, dass der ausweichende Hörer auf sie stossen muss. Das wäre z.B. schon der Fall, wenn diese Sender während eines gleichgearteten Reichsprogramms oder einer Reichssendung Unterhaltungs- und Tanzmusik brächten.

Bezüglich dieses Abhörens ausländischer Sender wird aus der Steiermark berichtet, dass dort seit einiger Zeit in den weitesten Kreisen der Bevölkerung folgende Anekdote in Umlauf ist:

„Eine Familie bekommt die Nachricht, dass ihr Sohn, der Fliegeroffizier ist, bei einem Angriff auf England gefallen sei. Die Familie bestellt hierauf sofort bei ihrem zuständigen Pfarramt eine Totenmesse für ihren gefallenen Sohn und gibt dies auch ihren Bekannten bekannt. Als die Familie noch ganz erschüttert über das traurige Ereignis zu Hause beisammen sitzt, hören sie im englischen Rundfunk Nachrichten in deutscher Sprache und eben wird zufällig gerade bekannt gegeben, dass einige deutsche Flieger abgeschossen und in englische Gefangenschaft geraten sind. Unter den Namen der Gefangenen wird auch der Name des Sohnes genannt. Die ganze Familie ist hoch erfreut, dass der Sohn nicht tot ist und wollte zunächst die Totenmesse absagen. Da fällt es ihnen ein, dass es verboten ist, ausländische Sender abzuhören, so beschließen sie daher, so zu tun, als ob sie darüber nichts wüssten. Sie gehen auch mit traurigen Gesichtern zur Totenmesse und siehe da, ausser ihnen ist kein Mensch anwesend, ja nicht einmal der Pfarrer ist gekommen.“ Es wird dazu aus Steiermark mitgeteilt, dass das Abhören ausländischer Sender dort in weiten Kreisen der Bevölkerung immer noch als ein sogenanntes „Kavaliersdelikt“ angesehen wird und sich die Bevölkerung zum Teil über die Gefahren des Abhörens ausländischer Sender und den Zweck des Verbots nicht im klaren sei.

Zur Frage der Staatlichen Aufbaulehrgänge zur Vorbereitung auf das Studium an Hochschulen für Lehrerbildung.

Nach übereinstimmenden Meldungen aus Aachen, Düsseldorf, Köln, Dessau, Bielefeld, Braunschweig, Frankfurt/M., Karlsruhe, Leipzig, Halle, Berlin, Frankfurt/O., Breslau, Liegnitz, München, Hamburg, Kiel und Stettin wird die Frage der Staatlichen Aufbaulehrgänge zur Erziehung eines neuen Lehrernachwuchses in Erzieher- und Elternkreisen im engsten Zusammenhang mit grundsätzlichen Erörterungen über das Lehrernachwuchsproblem und die Lehrerbildung mit Interesse besprochen. Während man im Vorjahr noch die Befürchtung aussprach, dass die Aufbaulehrgänge der erste Schritt zu Liquidierung der Hochschulbildung des Lehrernachwuchses darstellen, sieht man im Rahmen der Entwicklung jetzt schon häufiger in den Aufbaulehrgängen, die begabte Volks- und Mittelschüler auf das Studium an der Hochschule für Lehrerbildung vorbereiten sollen, eine Einrichtung, die nationalsozialistischen Grundätzen entspricht und eine entsprechende Lösung des Lehrermangels erwarten lasse. Besonders positiv steht man diesen Lehrgängen in Dozentenkreisen der HfL Braunschweig, Hannover, Kiel und Hirschberg gegenüber. Wesentlich sei der leistungsfähige und begabte Nachwuchs vom Lande, der durch die Aufbaulehrgänge erfaßt würde. Man vertritt die Ansicht, dass in diesen Lehrgängen eine bessere Allgemeinbildung vermittelt werden könne als auf der Höheren Schule. Jedoch äussern andererseits wieder Erzieher, dass alle Massnahmen, den Lehrermangel zu beseitigen, von vornherein zum Misserfolg verdammt seien, da auch die neuen Lehrerbesoldungsordnung den Erzieher und Lehrer nicht in einer gerechten und angemessenen Weise in das Gefüge der übrigen Berufe eingliedert.

IV. Volkstum und Volksgesundheit

Die Lage der Volksdeutschen in Jugoslawien.

Insgesamt leben in Jugoslawien etwa 700.000 Volksdeutsche unter einer Gesamtbevölkerung von 15,4 Millionen Einwohnern. Die Volksdeutschen verteilen sich auf die einzelnen Siedlungsgebiete wie folgt:

1. Drau-Banat: 50.000 (Untersteiermark 33.000, Gottschee 17.000)
2. Bosnien: 25.000
3. Kroatien und Slawonien: 170.000
4. Woiwodina: 460.000 (Banat, Batschka, Syrmien).

Die Zentralorganisation des Deutschtums in Jugoslawien ist der „Schwäbisch-Deutsche Kulturbund“ unter der Leitung seitens Bundesobmannes Dr. Sepp Janke. Eine zentrale Wirtschaftsorganisation der Deutschen in Jugoslawien besteht in dem Verband der deutschen Kredit- und Wirtschaftsgenossenschaften des Königsreiches Jugoslawien“, der örtliche Genossenschaften in allen deutschen Siedlungsgebieten besitzt.

Als Vertreter des Deutschtum im Senat wurden von der jugoslawischen Regierung Dr. Georg Grassl und der Bischof der evangelisch-deutschen Landeskirche, Dr. Philipp Popp, zum Senator ernannt. Politische Parteien der deutschen Volksgruppe werden vom Staat nicht genehmigt. Deutsche Parlamentsabgeordnete sind Dr. Hamm und Dr. Trischlo.

Die Lage der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien ist durch ihre räumliche Zersplitterung sehr schwierig und hängt naturgemäss sehr stark von dem Verhältnis der Stärke der deutschen Volksgruppe zu der jeweiligen slawischen Volksgruppe (Serben, Kroaten, Slowenen) ab. Diese ungleich gelagerten Verhältnisse bilden auch das grösste Hindernis einer völligen Einigung der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien.

Die innerpolitische Haltung des jugoslawischen Staates bezüglich seiner ausführenden Organe gegenüber den Volksdeutschen liegt in keiner Weise auf einer Linie mit der aussenpolitischen Haltung gegenüber dem Reich. Wie stark der Druck des jugoslawischen Staates auf das Volksdeutschtum ist, zeigt sich u.a. deutlich in dem in neuester Zeit erlassenen jugoslawischen Liegenschaftsgesetz, durch das der Ankauf von Grundbesitz durch Deutsche so gut wie unmöglich gemacht wird. Bemerkenswert ist auch, dass den volksdeutschen Reserveoffizieren in Jugoslawien für die nächste Zeit die Aberkennung des Offiziersranges durch Erlass angekündigt wurde. Bei den kürzlich vorgenommenen Einberufungen von Reservisten zum Heeresdienst wurden die deutschen Unteroffiziere der Reserve nicht berücksichtigt.

Die deutschfeindlichste Einstellung herrscht bei den Slowenen, die mit stärksten Unterdrückungsmassnahmen und Terrorakten gegen alles Deutsche vorgehen. So kam es am Geburtstage des Führers im Abstaler Becken zu Ausschreitungen slowenischer Terroristen, die Volksdeutsche verprügelten und mehreren Volksdeutschen die Fensterscheiben einschlugen. Weiterhin wurde bekannt, dass in Slowenien Geisellisten Volksdeutscher aufgestellt worden seien, auf die im Falle einer bewaffneten Intervention Deutschland zurückgegriffen werden soll. Im Februar dieses Jahres hielten Laibacher Studenten in der Gottscheer Pfarrei Rieg Versammlungen ab, in deren Verlauf den Gottscheer Deutschen gedroht wurde, dass demnächst die Zeit der Brechung mit dem Deutschtum kommen werde. Im Drau-Banat wurde deutschen Eltern verboten, ihre Kinder in die Minderheitenschulen

einzuschreiben, weil man unter den Vorfahren Namen mit einer nicht deutschen Endsilbe gefunden hat.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet werden stärkste Unterdrückungsmassnahmen gegen die Volksdeutschen durchgeführt. In den Gottscher Textilfabriken und im Braunkohlenbergwerk werden keine deutschen Arbeitskräfte aufgenommen, wogegen täglich Einstellungen slowenischer Arbeiter stattfinden. Weiterhin wurden mehrere Fälle bekannt, in denen deutschen Kaufleuten ohne Grund das Gewerbeamt entzogen und auf Slowenen übertragen wurde.

In ähnlicher Weise wirkt sich die ausgesprochene Hasspsychose der Serben auf das Volksdeutschtum aus. Etwas besser ist die Lage der Deutschen in Kroatien und in der Woiwodina.

Volksgesundheit

Absinken der Krankenkassenumsätze der Apotheken.

In den „Meldungen aus dem Reich“ vom 3. April 1940 wurde über das Ansteigen der Barumsätze und das Absinken der Krankenkassenumsätze bei den Berliner Apotheken berichtet. Dass es sich bei dieser Verlagerung nicht um Erscheinungen handelt, die nur in der Reichshauptstadt beobachtet werden, ist inzwischen eingegangenen Zahlenbeispielen aus anderen Gebieten zu entnehmen. So betrug in einer ostpreussischen Apotheke der Krankenkassenumsatz im 1. Vierteljahr 1939 19,5 % des Gesamtumsatzes, im 1. Quartal 1940 jedoch nur noch 8,9 %. In einer anderen Apotheke entfielen im 1. Quartal 1939 11,5 % des Gesamtumsatzes auf Krankenkassenverrechnungen. Dieses Verhältnis verlagerte sich im 1. Vierteljahr 1940 auf 5,1 %. Nach Meldungen aus Lyck ist im dortigen Bezirk der Krankenkassenumsatz der Apotheken ebenfalls wesentlich zurückgegangen.

Auch in den neuen Meldungen wird das Absinken der Krankenkassenumsätze z.T. darauf zurückgeführt, dass sich die Bevölkerung unter Umgehung des Arztes direkt an die Apotheken wendet, um ein längeres Warten bei den Ärzten zu vermeiden, oder weil befürchtet wird, dass der Arzt die verlangte Arznei nicht verordnet.

V. Verwaltung und Recht.

Verstärkte Wünsche von Beamten und Angestellten nach Einberufung.

Nach zahlreichen Meldungen aus dem ganzen Reich streben in der letzten Zeit die noch bei ihrer Heimatbehörde befindlichen wehrpflichtigen Beamten und Angestellten in verstärktem Maße danach, zur Wehrmacht einberufen zu werden. Als Gründe – nicht für alle, aber für einen Teil dieser Einberufungsbestrebungen – werden folgende gemeldet:

Die in der Heimat tätigen Beamten und Angestellten seien durch die zusätzlichen Kriegsaufgaben und durch die Einberufung von Beamten und fachlich vorgebildeten Angestellten stark überlastet. Die eingestellten Ersatzkräfte seien in der Regel nicht geschult und stellen daher nur eine beschränkte Entlastung dar. Ein weiterer Grund sei, dass ein großer Teil der zur Wehrmacht einberufenen Beamten und Angestellten es viel besser habe als die daheim gebliebenen, da sie z.T. in Bürostellen hinter der

Front beschäftigt, z.T. wenig verantwortungsvolle Posten im Operationsgebiet oder in Garnisonsorten inne haben würden. Hinzu komme, dass dem Wehrmachtsangehörigen außer dem von der Militärbehörde gezahlten Betrag ihre Dienstbezüge aus der Staats- oder Gemeindekasse weiter gewährt würden. Schließlich seien die Wehrmachtsangehörigen auch in der Verpflegung durchweg besser gestellt als die Zivilisten in der Heimat. Die „Flucht in den Soldatenrock“ werde dennoch dadurch bestärkt, dass den Behörden einerseits ständig weitere Aufgabengebiete zugewiesen, ihnen auf der anderen Seite jedoch immer mehr Fachkräfte durch Einberufung zur Wehrmacht entzogen werden. Geeignete Ersatz- und Hilfskräfte sind infolge des allgemeinen Mangels an Arbeitskräften nicht vorhanden. Schließlich befürchten die zurückgebliebenen Beamten und Angestellten, dass sie nach Beendigung des Krieges von den heimkehrenden Soldaten, gleich ob diese in vorderster Front gekämpft haben oder nicht, als „Drückeberger“ und „Feiglinge“ betrachtet werden. Dies hat – wie zahlreiche Berichte ergeben – bei den betr. Beamten und Angestellten zu Unzufriedenheit und Unruhe geführt. Vor allem von den unteren Verwaltungsbehörden wird seit längere Zeit mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen, dieser Entwicklung entgegenzutreten. So werde vorgeschlagen, die Beamten und geschulten Angestellten zur Heimatbehörde zu entlassen und sie durch die an ihre Stelle gesetzten, fachlich nicht oder kaum vorgebildeten Ersatzkräfte zu ersetzen. Weiter werde vorgeschlagen, die Beamten und Angestellten, die nicht in vorderster Front eingesetzt sind, sondern bei der Wehrmacht eine im Verhältnis zu ihrem Zivilberuf weniger wichtige und verantwortungsreiche Tätigkeit ausüben, ebenfalls aus der Wehrmacht zu entlassen durch andere entbehrliche, jüngere Leute zu ersetzen.

Auch in höheren Verwaltungs- und Parteistellen sei man – so wird gemeldet – der Meinung, dass ein Fortdauern des geschilderten Zustandes die Arbeit der Zivilverwaltung ernstlich gefährden könnte, und dass es nötig und möglich sein, im Austauschwege den richtigen Man an den richtigen Platz zu setzen.

Schwierigkeiten bei der Gewährung von Hypothekarkrediten in den eingegliederten Ostgebieten.

Nach Meldung aus den eingegliederten Ostgebieten ist dort die Eintragung von Hypotheken im Grundbuch zwar rechtlich zulässig, in der Durchführung jedoch sehr langwierig und oft von nur schwer erfüllbaren Bedingung abhängig gemacht, so dass eine rasche Kredithilfe mit hypothekarischer Sicherung praktisch vielfach undurchführbar ist. In Bielitz seien z.B. seit Beginn der Tätigkeit des dortigen Grundbuchamtes etwas 35 Hypothekarkredite bewilligt worden; von diesen sei jedoch nur eine Hypothek tatsächlich im Grundbuch eingetragen worden, und auch diese habe nachträglich von amtswegen mit einem Strittigkeitsvermerk versehen werden müssen, weil die inzwischen erforderlich gewordene Genehmigung der Treuhandstelle „Ost“ gefehlt habe.

Praktisch geschieht die Erteilung eines Hypothekarkredites in der Weise, dass nach Feststellung sämtlicher für die kreditgebende Sparkasse wesentlicher Belange und nach durchgeführter Besichtigung des Beleihungsobjektes bei der Kreisleitung der NSDAP. ein politisches Führungszeugnis beantragt wird. Die Erlangung dieses Führungszeugnisses ist – wie es heißt – oft mit einer Wartezeit von mehreren Monaten verbunden; ist dasselbe vorhanden, so wendet sich die Sparkasse durch

Vermittlung eines Notars an das Landratsamt um Genehmigung im Sinne der VO. des Chefs der Zivilverwaltung.

Das Landratsamt prüft sodann die näheren Umstände (Volkstumszugehörigkeit, Angemessenheit der Krediterteilung, Zulässigkeit der Verschuldung, Höhe der Tilgungsrate und Zinsen usw.) und erteilt die Genehmigung, wenn die nötigen Voraussetzungen vorliegen. Auch diese Prüfung erfordert geraume Zeit und schränkt den Kreis der in Betracht kommenden Darlehensbewerbung wesentlich ein. So wird z.B. die Genehmigung verweigert, falls der Kredit nicht unmittelbar mit dem Grundstück zusammenhängt, wie etwa Einrichtung eines Geschäftslokales, Erbaueinandersetzung, Aussteuer für die Kinder u-ä. Weiter bleiben alle Entscheidungen über landwirtschaftliche Grundstücke dem Regierungspräsidenten vorbehalten und dürften, wie verlautet, erst nach Fertigstellung der Wiederaufbaupläne für die Landwirtschaft im Ostraum zur Erledigung kommen. Außer den vorgenannten Bewilligungen ist nunmehr auch für jede Grundbucheintragung die Genehmigung der Treuhandstelle „Ost“ erforderlich. Unter diesen Umständen ist eine rasche, wirksame Kredithilfe nur mit anderer als hypothekarischer Sicherstellung möglich, wodurch jedoch das Risiko des Geldinstitutes wesentlich erhöht wird.

Im Interesse eines raschen Weideraufbaues in den bereiten Ostgebieten wird daher vielfach von interessierten Stellen der Wunsch geäußert, man solle prüfen, ob sich das augenblickliche Verfahren bei der Gewährung von Hypothekarkrediten nicht vereinfachen oder durch entsprechende Anordnungen wesentlich beschleunigen ließe.

Einzelmeldungen:

Zur Frage der Vergütung von Leitern und Lehrern an Luftschutzschulen.

In einer Einzelmeldung wird darauf hingewiesen, dass Leiter von Luftschutzschulen und Luftschutzlehrer für einen Kursus RM. 1.50 Vergütung erhalten, sodaß sie neben dem Einkommen aus ihrem hauptamtlichen Beruf zusätzlich einen monatlichen Eingang von ca. RM. 60.- bis RM. 80.- haben.

Aus Kreisen der Bevölkerung und der Partei wird dazu hervorgehoben, dass diese Tätigkeit ebenso ehrenamtlich versehen werden könnte, wie die Tätigkeit der Partei- und Volksgenossen in den Ortsgruppen und Gliederungen der Partei der NSV.

Häufung der Liegenschaftsverträge im Westen des Reiches.

In Berichten aus den westlichen Bezirken des Reiches kommt zum Ausdruck, dass in den letzten Monaten die Liegenschaftsverträge auffällig zugenommen hätten. Es handele sich vielfach um Kaufverträge, die offensichtlich nur in der Absicht der Kapitalanlage abgeschlossen worden seien, sodaß daraus die Tendenz einer Flucht in die Grundstückswerte eindeutig zu erkennen sei.

Aus anderen Gegenden des Reiches liegen derartige Meldungen bisher nicht vor.

VI. Wirtschaft

Zur Frage der Wirtschaftsbeihilfen für landwirtschaftliche Betriebe.

Wie bereits in den „Meldungen aus dem Reich“ vom 29.11.1939 dargelegt, waren bei den damaligen Regelung der Wirtschaftsbeihilfen für landwirtschaftliche Betriebe Schwierigkeiten zu erwarten. Neueren Meldungen zufolge hat der Erlaß vom 11.3.1940 über Pauschwirtschaftsbeihilfen für einberufenen Bauern und Landwirte, in deren Betrieb eine dauernde Ersatzkraft nicht eingestellt wird, die zu erwartenden Schwierigkeiten nicht gänzlich beseitigen könne. Wie aus verschiedenen Nachrichten aus Württemberg hervorgeht, sieht man die Durchführung dieser Anordnung für sehr schwierig, in manchen Kreisen sogar für ausgeschlossen, an. Es wird betont, dass die Verhältnisse in Württemberg – die weitgehende Parzellierung des Landes – durch den Erlaß nicht entsprechend berücksichtigt würden. So haben z.B. die meisten landwirtschaftlichen Betriebe im Kreise Ludwigsburg einen Einheitswert von unter 20 000 RM (bis zu 20 Morgen). Für diese Betriebe käme, wenn keine ständigen Ersatzkräfte eingestellt werden, ein Pauschsatz von 30-1036 RM in Frage, wozu in wenigen Fällen beim Vorhandensein von mehr als zwei Kinder unter 14 Jahren Zuschläge von 5-10 RM erfolgen würden. Für viele Landwirtsfrauen sei es aber unmöglich, eine ständige Hilfskraft einzustellen, weil sie entweder nicht die notwendigen Schlafräume für einen Knecht haben oder weil ständige Hilfskräfte kaum zu bekommen sind. In verschiedenen Kreisen werden immer wieder Klage laut, wonach die Ablehnung von Anträgen auf Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe für landwirtschaftliche Betriebe häufig zu Unrecht erfolge. In einer der eingegangenen Meldungen heißt es, daß besonders in Siedlerkreisen eine wachsende Unzufriedenheit zu beobachten sei, weil diese kleinbäuerlichen Betriebe ihren Zahlungsverpflichtungen – es handelt sich hierbei in der Hauptsache um den planmäßigen Tilgungsraten der Renten – sehr oft nicht mehr nachkommen könnten. Bei der Zahlung der Wirtschaftsbeihilfen werde offenbar Grundsatz vertreten, dass Unterstützungen bzw. Wirtschaftsbeihilfen nur bei ernstlicher Gefährdung des Betriebes gewährt werden dürfen. Dieser Erklärung würde wie es in der Meldung weiter heißt – zumeist als Antwort auf Gesuche um Unterstützung gegeben. Andererseits wird in den betroffenen Kreisen darauf hingewiesen, dass die Unterstützungen für andere Berufe großzügiger gehandhabt würden. Dagegen müssten viele Siedlerstellen und kleinbäuerliche Höfe ihren Betriebe in Abwesenheit des Betriebsführers ohne Beihilfen weiterführe, obwohl die oftmals die einzige männliche Arbeitskraft auf dem Hofe gewesen sei. In einer Meldung aus Rastenburg wird ausgeführt, dass der Tatsache, daß ein landwirtschaftlicher Betrieb infolge des Fehlens des verantwortlichen Betriebsführers oft sehr schnell in seinem Ertrage zurückgehe, bei der Bearbeitung der Gesuche kaum Rechnung getragen werde. Diese Entwicklung müsse, wenn ihr nicht rechtzeitig entgegengetreten werde, unweigerlich dahin führen, dass sich über kurz oder lang die Notwendigkeit einer neuen Entschuldigungsaktion ergeben würde. Eine Niederschlagung der laufenden Zins- und Amortisationsverpflichtungen könne nicht erfolgen, mit einer Stundung sei den Betrieben aber nicht gedient, da die laufende Raten fast immer die Grenze der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erreichten und bei einer Anhäufung der Zahlungsverpflichtungen erst recht keine Aussicht auf Tilgung bestünde.

Zum Verwendungsverbot für rüstungswichtige Rohstoffe.

So sehr die Verwendungsverboten betroffenen Firmen der Industriewirtschaft Verständnis zeigen, dass verknappte Rohstoffe in erster Line der Rüstung zu Verfügung gehalten werden, so sehr wünscht man immer wieder, dass mit diesen

Verboten gleichzeitig Erläuterungen über die Möglichkeit der Verwendung irgendwelcher Ersatzmaterialien für die Weiterfabrikation gegeben wurden. In den diesbezüglichen Meldungen wird ausgeführt, dass häufig nach derartigen Verwendungsverboten seitens der Betriebe sofort Versuche mit anderen Materialien (z.B. auf dem Gebiet der Metalle mit anderen Legierungen) und Konstruktionsänderung bei Maschinen und Apparaturen stattgefunden hatten, die ergebnislos bleiben müssten, weil die als Ersatz vorgesehenen [Materialien für die laufende Produktion oft ebenso wenig herbeigeschafft werden konnten, wie die für eine Verwendung verbotenen. Die für den betreffenden Rohstoff zuständigen Reichsstellen müssten, so argumentiert man, auf Grund ihrer Kenntnis der jeweils vorhandenen Mengen einzelner Rohstoffe sofort auf die zweckmäßigsten Ersatzmaterialien hinweisen können, für die auch wirklich eine Beschaffungsmöglichkeit gegeben ist. In einer der Meldungen heißt es, dass die metallverarbeitende Industrie z.B. erst Mitte April, ca. 5 Wochen nach den einschneidenden Verwendungsverboten für unedle Metalle (laut Anordnung 39 a der Reichsstelle für Metalle von 9. 3. 1940), in einem Sonderdruck aus der Zeitschrift „Metallwirtschaft“ von Erläuterungen zu dieser Anordnung habe Kenntnis nehmen könne. Die Übergangsfrist d.h. die Zeit, in der noch vorhandene Vorräte verarbeitet werden konnten, sei jedoch am 31.3.1940 bereits abgelaufen gewesen.

Zur Frage der Krankenversicherung von Wehrmichtsangehörigen.

Während der Dauer des Wehrdienstes sind von den Wehrmichtsangehörigen, die sich gegen Krankheit versichert haben, keine Prämien zu entrichten. Es entfällt deshalb auch ein Schutz durch (private) Versicherungsgesellschaft für die Folge von Krankheiten, die sich die Wehrmichtsangehörigen während ihrer Dienstzeit zuziehen. Wenn nun lange Zeit nach Beendigung des Wehrdienstes ein Krankheitsfall eintritt, lehnt möglicherweise das Reich eine Leistung mit der Begründung ab, die Krankheit sei nicht während des Wehrdienstes entstanden. Andererseits aber verweigert die private Versicherungsgesellschaft mit ungekehrter Begründung jegliche Leistungen. Vorliegenden Meldung wird entnommen, dass an der Praxis bereits Fälle entstanden sind, bei denen rechtskräftige Leistung von beiden Seiten abgelehnt worden seien. Es wird betont, daß bei dem Versicherten in solchen Fällen ein Zweifel an der Rechtssicherheit entstehen müsse. Es komme aber in erster Linie darauf an, dass der Erkrankte eine Leistung erhält. Gegen die Möglichkeit einer doppelten Ablehnung müsse daher eingeschritten und diese Frage grundsätzlich gelöst werden.

Einzelmeldungen.

1.) Einzelmeldungen zufolge erreichten bei in letzter Zeit abgehaltenen Zuchtviehauktionen die Preise ein unangemessene Höhe. Sie hätten sich z.B. bei einer in Koblenz abgehaltenen Bullenauktion zwischen 1000 und 3000 RM bewegt, wobei überdies die Tiere im Preise von 1000 RM von geringer Qualität gewesen seien. Kleinere Bullenhalter-Genossenschaften seien deshalb nicht in der Lage, einen guten Zuchtstier bezahlen zu können. In bäuerlichen Kreisen wird diese ungesunde Preisentwicklung auf die angebliche Überspitzung der Aufzuchtbestrebungen der Zuchtverbände zurückgeführt. Von den Beteiligten werde es sehr bedauert, dass die Preisüberwachungsbehörden gegen diese Entwicklung nicht immer vorgingen, zumal auf anderen Gebieten, insbesondere im Pferde- und Gangochsenhandel, scharfe Maßnahmen ergriffen worden seien. In einer der

Meldungen wird angeregt, eine Versteigerung auch bei Nutztviehauktionen nur dann zuzulassen, wenn für jedes einzelne Tier ein angemessener Taxwert festgelegt worden ist.

2.) Nach einer Meldung aus Lüneburg sind im Kreis Bremervörde überhaupt keine Schmiedekohlen mehr vorhanden. Schon im Monat März sei es nicht gelungen, Schmiedekohlen zu beschaffen. Die Schmiedemeister in diesen Ländlichen Bezirken seien nicht mehr in der Lage, ihre Aufträge einwandfrei durchzuführen. Einige Schmiedebetriebe hätten aus diesem Grunde bereits stillgelegt werden müssen. Die Versorgung mit Schmiedekohlen, so heißt es weiter, hätte sich in diesem Gebiet bis heute nicht geändert.

3.) Im Kreise Liegnitz wurde von Hausfrauen wiederholt der Wunsch geäußert, die Gültigkeitsdauer der Fleischmarken von jeweils einer Woche auf zwei oder vier Wochen zu verlängern. Es wurde hierbei angeführt, dass berufstätige Frauen nicht immer in der Lage seien, den noch zustehenden Restbedarf der betreffenden Woche am Sonnabend zu decken, sodaß sie oft gezwungen seien, erst später ihre Waren zu kaufen. Wenn auch die Fleischer z.T. von sich aus Markengutscheine ausgeben oder vielfach die Marken auch am Anfang der nächsten Woche noch annehmen, so sei eine einheitliche Regelung erwünscht.

Anlage

Die Lage im Generalgouvernement.

Der 3. Mai (Nationalfeiertag) ist im Generalgouvernement ohne Zwischenfälle verlaufen. In der polnischen Widerstandsbewegung hat sich zunächst die Meinung durchgesetzt, dass grössere Aktionen verfrüht sind. Diese Auffassung steht offenbar in Zusammenhang mit zentralen Anweisungen der Emigrationsregierung, die über Jugoslawien und Ungarn ins Land gekommen sind, eine Rolle spielen auch die Erwägungen in Verbindung mit dem Ausgang der Norwegenaktion. Das Verhalten der aktiven polnischen Elemente ist jedoch sowohl im Generalgouvernement als auch in den reichsdeutschen Ostgebieten wesentlich dreister und selbstbewusster geworden, übertriebene Gerüchte über Zusammenstöße im Distrikt Radom, englische Falschmeldungen über Norwegen und Behauptungen über die ernährungswirtschaftliche Lage im Reich haben hier mitgewirkt. Die zentrale Lenkung der Widerstandsbewegung hat, wie beobachtet werden konnte, bereits dazu geführt, dass polnische Studenten als Arbeiter aus Kattowitz in andere Gebiete – z.B. in Warthegau – geschickt wurden, um dort bei der Organisierung der Arbeiterschaft zu helfen.

An einzelnen Orten des Generalgouvernements sind Versuche mit Flugblättern gemacht worden, die die Bevölkerung in polnischer Sprache über deutsche Erfolge und Absichten unterrichten. Die bisher vorliegenden Erfahrungen sind so, dass sachkundige Kreise einer Erweiterung solcher Propaganda unter den Polen das Wort reden. Es wird vor allem auf die Notwendigkeit hingewiesen, die alten Gegensätze unter den Polen wieder zu beleben. Es sei z.B. verwunderlich, dass die deutsche Propaganda die frühere polnische Kritik an Sikorski, dem jetzigen Chef der Emigrations-„Regierung“, nicht zur Aufklärungsarbeit benutze. Sikorski sei im

Weltkrieg österreichischer Oberst gewesen und sei bei den Polen Galiziens und Kongresspolens als unzuverlässig angesehen worden.

Der Zustrom zu „Polnischen Legion“ in Ungarn hält an, anscheinend werden gewisse Kontingente der Legion zur Weygand-Armee abgestellt. Bei der Flucht über die Grenze spielen nach wie vor die wieder in Dienst gestellten polnischen Förster und Heger eine bedeutende Rolle.

Die Stimmung bei den Volksdeutschen hat sich seit der Errichtung der „Volksdeutschen Gemeinschaft“ (Verordnung vom 20.4.) wesentlich gebessert. Bei einem Teil der Volksdeutschen ist freilich noch die Befürchtung vorhanden, dass der eingesetzte Leiter der D.G. wegen seiner bisherigen Tätigkeit für den „Deutschen Volksverband“ die Jungdeutschen vernachlässigen werde. Es wird jedoch der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass der Richtungsstreit bald endgültig liquidiert wird. In diesem Zusammenhang wird die Anregung gegeben, man möge den Anhängern der bisherigen volksdeutschen Organisation nahe legen, zukünftig die alten Abzeichen nicht mehr zu tragen. Diese Anregung gelte auch für die reichsdeutschen Ostgebiete. Das Verbot der Abzeichen wird nicht als zweckmässig angesehen.

Die Stimmung der Ukrainer hat sich seit dem Empfang beim Generalgouverneur merklich gehoben. Prof. Kubijewitsch überbrachte am 19.4. als Sprecher der Ukrainer der Glückwünsche der Volksgruppe für den Führer, Generalgouverneur Dr. Frank sprach dabei seine Anerkennung für die bisherige Aufbauarbeit der Ukrainer in Verbindung mit den deutschen Behörden aus und erklärte, dass dies Verhalten seine Belohnung in der Gewährung folgender Vorrechte finden solle:

- 1.) Die Kathedrale in Chelm wird in den ersten Maitagen durch den Gouverneur den Ukrainern zurückgegeben. Damit werden die grausamen Verfolgungen, die das ukrainische Volk erdulden musste, auf diesem Gebiete wiedergutmacht.
- 2.) Es werden im Gebiet des Generalgouvernements drei Bischofsätze errichtet: in Warschau, in Chelm und im Lemkenland, damit die ukrainische Kirche sich frei und ungehindert entfalten kann.
- 3.) Der Generalgouverneur wird so bald wie möglich einen Erlass unterschrieben, der das ukrainische Schulwesen regelt und den Ukrainern den Volksschulunterricht, Mittelschulen und die Vorbereitung auf eine Hochschule sichert.
- 4.) Der Generalgouverneur hat bereits verfügt, dass dem ukrainischen Stamm ein Justiz- und Gerichtswesen getragen von ukrainischen Beamten gegeben wird.
- 5.) Der Generalgouverneur hat weiter verfügt, dass die Verwaltung in dem überwiegend von Ukrainern bewohnten Gebiet durch Ukrainer durchgeführt wird, damit in Zukunft kein Ukrainer unter polnischer Herrschaft steht. Die Kreishauptleute in den betreffenden Gebieten habe entsprechende Anweisung.
- 6.) Zur Förderung der hygienischen und sozialen Lage werden die Hilfskomitees eingerichtet, in denen die Eigenhilfe des ukrainischen Volkes ihren Ausdruck finden soll.

7.) In Krynien ist durch den Generalgouverneur ein Heim errichtet worden, in dem auf Kosten des Generalgouvernement Ukrainer, die in Polizei- oder Werkschutzdiensten verwundet oder erkrankt sind, ihre Wiederherstellung finden sollen.

Eine wesentliche Rolle bei dem Stimmungsumschwung innerhalb der ukrainischen Bevölkerung spielen die Zusicherungen auf dem Gebiet der orthodoxen Kirche.

Sehr unklar ist die Lage innerhalb der griech.-unierten Kirche, da die reformfreundlichen Basilianer einen Vorstoss unternommen haben, um ihre Positionen zu retten. Es wird von sachkundiger Seite daran erinnert, dass die sogen. „Lateinische Richtung“ innerhalb der Unierten Kirche (Comyszyn, Lobodytsch) früher eng mit dem polnischen Staat zusammenarbeite.

Stärker bemerkbar hat sich auch die „Polnische Nationalkirche“ gemacht. Sie schiebt den Rahmen „Altkatholisch“, ihre Romfeindschaft und ihren Beziehungen zur Altkatholischen Kirche im Reich in den Vordergrund, ohne dabei allerdings bei Sachkennern verstecken zu können, dass es sich um eine aus Amerika stammende Kirche handelt, die – im Gegensatz zu den stärker religiös eingestellten „Mariaviten“ – eine bedeutende Rolle in der polnischen Nationalbewegung (z.B. im Weltkrieg) gespielt hat und entschieden politisch eingestellt ist.

Die Proletarisierung der Juden macht weitere Fortschritte. Es wird für notwendig angesehen, bald umfassende Vorbereitungen für einen Grosseinsatz der Juden im Rahmen der Abreisepflicht zu treffen.